

Amerika

ist für den Schriftsteller Peter Schneider, 64, zu einer zweiten Heimat geworden. Seine Bücher wie „Der Mauerspringer“, „Extreme Mittellage“ oder „Paarungen“ fanden dort Beachtung und öffneten ihm viele Türen. Von 1986 an folgte er verschiedenen Einladungen, etwa an die Universitäten Stanford, Princeton,

Harvard. Er schreibt in der „New York Times“ und in „Harper's Magazine“. Inzwischen kehrt er in regelmäßigen Abständen als „writer in residence“ von Berlin aus an die Georgetown-Universität in Washington D. C. zurück. Zuletzt erschien von ihm der Erzählungsband „Das Fest der Missverständnisse“ (2003).



PEITSCHPHOTO.COM

DEBATTE

Ein Bush, der Berge versetzt

Peter Schneider über den US-Wahlkampf als kulturelle Entscheidungsschlacht

Einige Beobachter in Washington, die sich mit einem Wahlsieg von George W. Bush längst abgefunden haben, verfügen über eine wärmende Theorie, mit der sie sich und ihr Publikum auf den langen Winter nach dem 2. November vorbereiten.

„Nr. 43“, wie die Profis den noch regierenden Präsidenten der USA nennen, und sein Herausforderer John Kerry lägen in wichtigen außenpolitischen Fragen gar nicht so weit auseinander. Im Falle eines Sieges würde Kerry nämlich keineswegs den Kyoto-Vertrag unterzeichnen, er würde auch nicht dem Internationalen Strafgerichtshof beitreten, er würde genau wie Bush auf dem unbehinderten Export von genetisch veränderten Lebensmitteln bestehen und die amerikanischen Truppen *nicht* aus dem Irak abziehen. Der einzig fühlbare Unterschied bestünde darin, dass Kerry die Europäer am Tag nach seinem Sieg auffordern würde, sich mit Geld und Soldaten am irakischen Schlamassel zu beteiligen. Und einer solchen Bitte ihres Favoriten Kerry würden sich die Europäer nicht so leicht verschließen können.

Eigentlich könnten sie froh sein, wenn Kerry die Wahl verlieren würde.

Wie so oft haben die Zyniker im Detail Recht und irren kolossal – in der Hauptsache. Was bei dieser Wahl zur Wahl steht, lässt sich durch den Unterschied zwischen zwei Wahlplattformen nicht zureichend beschreiben. Es geht um die Abwahl oder Wiederwahl der wahrscheinlich radikalsten Regierung, die das Land je gehabt hat.

Diesmal stehen sich nicht nur zwei Parteien gegenüber, sondern zwei unterschiedliche Ansichten von der Welt, zwei Kulturen, zwei Lebenseinstellungen. Die Wahlergebnisse werden Sieg und Niederlage in einem kulturellen Bürgerkrieg anzeigen, der mit der Bürgerrechtsbewegung und den Vietnam-Protesten offen ausbrach und seither unter der Oberfläche brodelt.

Ein Indiz für diese Zuspitzung sind die Gartenpartys an den warmen Herbstabenden in Washington. In den Clinton-Jahren, aber auch noch vor der Wahl 2000 traf man selbstverständlich bei einer Abendgesellschaft Gäste aus beiden Lagern. Der Gastgeber der jüngsten Party, zu der ich eingeladen war, antwortete auf meine Frage: Natürlich habe er den einen oder anderen republikanischen Freund, aber er würde ihn zurzeit lieber nicht zu einer Party einladen – er könne für den guten Ausgang nicht garantieren.

Viele in Washington reden von einer „globalen Wahl“. Ein Nigerianer sagte mir: „Es macht mich wahnsinnig, dass man nur zuschauen kann. Dabei ist diese Wahl für uns in Afrika – genau wie für euch in Deutschland – viel wichtiger als die nächste Wahl zu Hause.“

Das Seltsame ist, dass es der Mehrzahl der Amerikaner nicht viel anders geht als den Nigerianern oder Deutschen. Denn die Wähler in den meisten Staaten, die bereits fest in republikanischer oder demokratischer Hand sind – Staaten wie Massachusetts oder Texas – können zum Wahlausgang nicht mehr viel beitragen. Die loyalen Wähler beider Parteien werden für ihre Loyalität dadurch „belohnt“, dass sich niemand mehr um sie bemüht. So blicken denn die Wähler von den Küstenstaaten – ebenso wie die anders festgelegten Wähler aus den Flächenstaaten – erbittert auf die zehn so genannten swing states, in denen eine Minorität von „Unentschlossenen“ in letzter Minute über den Wahlausgang entscheidet.

Man muss, wenn man die Frontlinien in diesem kulturellen Bürgerkrieg nachzeichnen will, weit zurückgehen. Nicht von ungefähr spielt die Frage, was beide Protagonisten – der Präsident und der Herausforderer – in den Jahren des Vietnam-Kriegs taten, im Wahlkampf eine herausragende Rolle.

In Bush und Kerry stehen sich zwei fast gleichaltrige Vertreter der Vietnam-Kriegs-Generation gegenüber. Beide Yale-Studenten, beide Mitglieder ein

und desselben elitären Clubs, beide Söhne aus hoch privilegierten Familien. Dennoch verläuft ihre Geschichte denkbar unterschiedlich. Der eine, Sohn eines späteren Präsidenten der USA, kann den Vietnam-Krieg dank der Beziehungen seines Vaters schwänzen: Er rückt auf der Warteliste der Kandidaten für die Nationalgarde um ein paar hundert Plätze nach vorn. Der andere, der sich ebenfalls hätte drücken können, meldet sich freiwillig zum Kriegsdienst, kommandiert „swift boats“, wird mehrfach verwundet und als Kriegsheld ausgezeichnet.

Man würde denken, dass die Bush-Kampagne angesichts der Vorgeschichte ihres Protagonisten um das Vietnam-Thema lieber einen Bogen machen würde. Tatsächlich jedoch verging in den vergangenen Wochen kaum ein Tag, an dem sich nicht erboste Vietnam-Veteranen – die Kerry nie vergessen



WILLIAM PHILPOTT / REUTERS

US-Präsident Bush: Verleugnung der Realität

haben, dass er die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam anklagte – über die Narben des Kriegshelden Kerry beugten und seine Wunden in Frage stellten. Auf der Gegenseite wählten seriöse wie zweifelhafte Zeugen in Bushs Vergangenheit und versuchten, teilweise mit wahrscheinlich gefälschten Dokumenten, nachzuweisen, dass der Sohn von Bush 1 bei der Nationalgarde eine bevorzugte Behandlung genossen hatte. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung überraschte selbst abgebrühte Wahlkampfexperten und darf als Meisterstück in der Kunst der „character assassination“ gelten: Der mehrfach dekorierte Kriegsheld Kerry, der zunächst zu verblüfft und wohl auch zu fein war, auf die Anwürfe zu reagieren, geriet in die Defensive, hatte zu beweisen, dass er seine Wunden und Orden nicht gefälscht hatte; der Drückeberger Bush dagegen musste sich kaum noch Fragen nach seinen „Wunden“ aus den Vietnam-Jahren gefallen lassen: Es gab ja Füllungen, die ihm der Zahnarzt der Nationalgarde verpasst hatte.

Unstreitig haben die Bush-Kämpfer den größeren Spaß im Wahlkampf. Was sie im Vergleich mit den Leidensmännern von der Kerry-Kampagne bieten, ist Fight-Club gegen Boxen mit Schutzhelm. Einer der republikanischen Wahlkampfstrategen beschrieb den Unterschied im Stil mit den Worten: „Man muss dem Gegner das Herz aus der Brust reißen, es nach Herzenslust zerkauen, zerbeißen und die Stücke ausspucken!“

Aber bei diesem Herz-Herausreißen und Herz-Zerbeißen geht es um mehr als um einen Krieg, der Amerika bis heute nicht zur Ruhe kommen lässt. Die Spaltung des Landes, die der Vietnam-Krieg vor fast 40 Jahren bewirkt hat, beschränkte sich ja keineswegs auf die Haltung zum Krieg. Der Protest gegen den Vietnam-Krieg hatte sich zu einer Rebellion ausgeweitet, die den gesamten Wertekanon in Zweifel zog, auf den sich das kriegswillige Amerika stützte. Nachträglich stellt sich heraus, dass die Jahre des Protests eben doch so etwas wie ein kultureller Bruch waren, an dem sich die Wege für die nächsten Jahrzehnte schieden. In vielem erinnert die gegenwärtige Vietnam-Debatte in den USA an den Schlagabtausch im Bundestag, als eine hoch erregte CDU – in Gestalt von Angela Merkel – über die Vergangenheit des damaligen Streetfighters und heutigen Außenministers Joschka Fischer zu Gericht saß.

Das konservative Lager in den USA hat sich – wie in Deutschland – erst viele Jahre später davon erholt, dass es die Meinungsführerschaft an die 68er verloren hatte. In den USA hat es erst mit dem Wahlsieg Ronald Reagans die Initiative zurückgewonnen. Viele Freiräume, die die Protestgeneration erstritten hatte, sind seither von den Rollback-Strategen der Republikaner zurückerobert oder eingeebnet worden.

Der vielleicht wichtigste Erfolg der Republikaner dabei ist die stille Eroberung von Schlüsselstellungen in Nachrichtensendern und der gezielte Aufbau lokaler Radio- und TV-Stationen. In den neunziger Jahren, in den Jahren der Regierung Bill Clinton, entwickelte die von Newt Gingrich angeführte „moral majority“ den ungebremsten und ressentimentgeladenen Hass auf das liberale Amerika, der auch diesen Wahlkampf bestimmt.

„Es ist verrückt“, erklärt mir ein hoher demokratischer Beamter vom Heimatschutzministerium, „inzwischen bin ich 60, aber jetzt kämpfen wir alle, vermeintlich längst erledigten Kämpfe von 68 noch einmal – um Waffenkontrolle, um die Rechte der Schwulen und der Lesben, um das Recht auf Abtreibung, um die Ächtung der Folter und der Todesstrafe, um das Recht, nicht zu beten und am Sonntag nicht in die Kirche zu gehen!“

Das andere Amerika, das George W. Bush vertritt, hat es immer gegeben, und es wurde seit je von Europa gern übersehen. Allerdings hat sich das andere Amerika noch nie so radikal in Szene gesetzt wie seit dem Regierungswechsel im Jahre 2000. Viele

Amerikaner haben den damaligen Machtantritt als einen Putsch in Erinnerung.

Die letzte Wahl wurde mit 537 Stimmen in Florida für Bush entschieden. Jimmy Carter hat kürzlich in einem dramatischen Appell in der „Washington Post“ gewarnt, die Probleme bei der Stimmenausschüttung in Florida würden sich „wahrscheinlich“ wiederholen, weil die führenden Beamten aus Parteilichkeit dringend notwendige Reformen verhinderten. Die neue, für die amtliche Bestätigung des Wahlergebnisses zuständige Staatssekretärin Glenda Hood sei ebenso wie ihre Vorgängerin Katherine Harris eine treue Gefolgsfrau des Gouverneurs Jeb Bush. Schon sei, wie bereits in der Wahl 2000, der Versuch gemacht worden, Tausenden afro-amerikanischen Vorbestraften – deren Stimmen in der Regel den Demokraten zugute kommen – das Stimmrecht vorzuenthalten. Etwa 4,7 Millionen amerikanische Bürger sind, oft wegen geringfügiger Vergehen, vom Wahlrecht ausgeschlossen; hinzu kommen weitere Millionen, die ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen, weil sie glauben, ausgeschlossen zu sein.

Das Rollback-Unternehmen der Bush-Leute folgt einer einfachen Formel: Alles, was Reagan gemacht hat, war genial und muss fortgeführt werden; alles, was Clinton eingeleitet hat, war des Teufels. Ziel dieses Rollbacks ist die Rücknahme vieler wichtiger Reformen, die das liberale Amerika in den vergangenen 40 Jahren durchgesetzt hat. Clinton hatte der Waffenlobby in beiden Parteien und Häusern ein Verbot von 19 halbautomatischen Waffen abgetrotzt. Das Verbot lief in diesen Wochen aus und wurde nicht erneuert. Eines von diesen nun wieder erlaubten Spielzeugen hat eine Feuerrate von 1500 Schuss in der Minute.



Herausforderer Kerry mit Ehefrau: Kriegsheld in der Defensive

Washington D. C. besaß bisher ein für amerikanische Verhältnisse strenges Verbot von Handfeuerwaffen, das im September ausgehebelt wurde – mit dem Argument des Republikaners Mark Edward Souder, die Hauptstadt der USA sei auch die Hauptstadt des Mordens, jeden zweiten Tag gebe es ein neues Opfer. Folglich habe das (für amerikanische Verhältnisse strenge) Verbot in Washington D. C. kläglich versagt.

Vergeblich wandte sich die Mutter eines erschossenen Jugendlichen gegen die abstruse Logik: als ob weniger Waffen zu mehr Morden führen würden und die Verteilung von mehr und tödlicheren Waffen die Mordrate senken könnte!

Die Freigabe der bisher verbotenen Waffen wurde im Repräsentantenhaus mit den Stimmen von 198 Republikanern und 52 Demokraten gegen 148 Demokraten und 22 Republikaner durchgesetzt. Fortan kann jeder amerikanische Bürger in der

Hauptstadt mit einer nicht registrierten halbautomatischen Waffe im Kofferraum spazieren fahren. Gefragt, wozu ein Zivilist ein derartiges Instrument eigentlich im Alltag benötige, antwortete ein Liebhaber im „Public Radio“: zur Selbstverteidigung, bei der Jagd und beim Zielschießen. Die Nachfrage, ob er ein von so vielen Kugeln durchsiebtes Reh anschließend auch verspeisen würde, erschien ihm weltfremd. Ein echter US-Jäger jagt selbstverständlich nicht, um die Beute anschließend zu verzehren.

In rund einem Dutzend Staaten der USA – die an Washington D. C. angrenzenden Staaten Maryland und Virginia sind darunter – stehen vorehelicher Sex und eheliche Untreue immer noch unter Strafe und werden von der Staatsanwaltschaft auch verfolgt, wenn eine Anzeige vorliegt.

Das Gesetz wurde in den Clinton-Jahren kaum noch angewendet, allerdings verhierten selbst ernannte Moralapostel immer wieder seine Abschaffung. Durch die Bush-Administration, die jungen Amerikanern Enthaltensamkeit als das beste Mittel gegen Aids anrät und die Förderung von Aids-Hilfsprogrammen in Afrika an die Bedingung knüpft, dass Verhütungsmittel nicht empfohlen oder verteilt werden, hat die staatliche Schnüffelei in den Ehebetten neuen Schwung bekommen. Erst kürzlich wurde ein Jurist in der Kleinstadt Luray, Virginia, wegen erwiesener Untreue zu 20 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Eine entscheidende Rolle bei diesem kulturellen Rückwärtsgang spielt der Vormarsch der so genannten Evangelicals – es handelt sich um religiöse Gruppen, die die absolute Autorität der Bibel für Glauben und Leben betonen. Nach der jüngsten Gallup-Umfrage bekennen sich 42 Prozent der Amerikaner als Evangelicals oder als „wiedergeborene Christen“. Im amerikanischen Kongress soll sich der Anteil der Evangelicals von etwa 10 Prozent in den siebziger Jahren auf heute 25 Prozent erhöht haben. Es habe ihn erstaunt, vermerkte William D'Antonio, Verfasser einer Studie über das Verhältnis von Politik und Religion, in wie hohem Maße das religiöse Bekenntnis die ideologische Kluft zwischen Demokraten und Republikanern präge. Die große Mitte der Wählerschaft sei in wichtigen Fragen im Kongress gar nicht mehr repräsentiert. So würden die meisten Amerikaner quer durch die Parteien eine Abtreibung unter bestimmten Bedingungen – Lebensgefahr für die Mutter, Vergewaltigung, Deformierung des Fötus – befürworten. Im Kongress dagegen seien nur noch das – demokratischen Wählern oft zu liberale – Pro der Demokraten und das strikte, von den Evangelicals getragene Contra der Republikaner vertreten.

Kein Kandidat kann heute Präsident der Vereinigten Staaten werden, wenn er nicht im Wahlkampf über sein Verhältnis zu Gott Auskunft gegeben hat. Beide, der Katholik Kerry wie auch der „wiedergeborene Christ“ Bush haben dies, wenn auch nicht mit derselben Inbrunst, getan. Nach eigenem Eingeständnis hat Bush in der schweren Stunde der Entscheidung vor dem Angriff gegen den Irak das Zwiegespräch mit Gott gesucht – und offensichtlich Rat erhalten. Gefragt, ob er hin und wieder seinen Vater um Rat ersuche, sagte Bush, er rede viel mit dem „höheren Vater“.

Bei dem ehrgeizigen Versuch der Bush-Leute, 40 Jahre liberale Geschichte der USA ungeschehen zu machen, konnte es nicht

ausbleiben, dass auch der Vietnam-Krieg – als Vorläufer des Irak-Kriegs – rehabilitiert wurde. Die zwei Seelen in der breiten Brust der Vereinigten Staaten hatten sich nie auf die Erkenntnis einigen können, dass der Vietnam-Krieg ein Irrtum – wenn nicht gar ein Verbrechen – war. 1971 hatte der damals blutjunge Vietnam-Veteran John Kerry den Kongress mit einem Satz herausgefordert, der klassisch geworden ist: „Wer kann den letzten Soldaten dazu auffordern, sein Leben für einen Irrtum zu opfern?“

George W. Bush, der den Vietnam-Krieg befürwortet hatte, aber dann nicht hingegangen war, suchte (im Gespräch mit einem seiner Biografen) auf Kerrys Frage mit 30-jähriger Verspätung eine Antwort. Dabei folgte er auch hier seinem Vorbild Ronald Reagan, der den Krieg als eine „noble Sache“ bezeichnet hat und den „mangelnden Siegeswillen“ der Demokraten und die „von Hippies und verwöhnten College-Studenten“ angeführte Protestbewegung für die Niederlage verantwortlich machte.

„Hat Bush jemals begriffen, dass Vietnam ein Wahnsinn war?“, fragte kürzlich Jeffrey H. Smith besorgt in der „Washington Post“. Die Frage erscheint deswegen dringlich, weil Bush im Irak-Krieg offenbar derselben Logik folgte, der seine Vorgänger während des Vietnam-Kriegs angingen: Sie hatten einen längst als falsch er-

kannten Krieg viele Jahre lang weitergeführt, um ihren Irrtum nicht eingestehen zu müssen – denn: 58 000 amerikanische Soldaten können ihr Leben nicht für einen Irrtum verloren haben! Das gilt auch jetzt wieder: Die einzige Supermacht auf der Welt kann nicht eingestehen, dass sie einen falschen Krieg aus den falschen Gründen begonnen und ihn mit katastrophaler Inkompetenz geführt hat. Das vom „anderen Amerika“ nie verarbeitete Desaster des Vietnam-Kriegs geht bruchlos in die Rechtfertigung des absehbaren Irak-Desasters über – am Ende ging und geht es nur noch darum, das amerikanische Selbstbild aufrechtzuerhalten, das Bush und seine Leute beschwören: „American Exceptionalism“ – amerikanische Auserwähltheit. Die von Gott auserwählte Nation kann sich nicht wirklich irren.



Waffen in US-Geschäft: 1500 Schuss in der Minute

Bei dem Parteitag in New York ist es den Strategen der Bush-Kampagne gelungen, die Invasion in den Irak als „die zentrale Front“ im „Krieg gegen den Terror“ zu verkaufen. Dies, obwohl alle bisher eingesetzten Untersuchungskommissionen zu dem Schluss gelangt sind, dass Saddam Hussein keine Massenvernichtungswaffen mehr besaß und dass es keine relevanten Beziehungen zwischen der Baath-Partei und al-Qaida gegeben hat.

Was ich hier beschreibe, ist auf den ersten Blick ein Rätsel: Eine Mehrheit der Amerikaner äußert in Umfragen die Meinung, dass der bisherige Irak-Krieg die Kosten an Menschenleben und an Geld nicht wert war. Wenn dieselbe Mehrheit trotzdem einem Mann folgt, der sie mit erwiesenermaßen falschen Behauptungen in diesen Krieg geführt hat, muss man sich Sorgen machen.

Vielleicht die beste Antwort auf dieses Rätsel gab mir Jay Tolson, ein Journalist vom „US News & World Report“: „Nach dem 11. September war ein Präsident gefragt, der bewies, dass er handeln konnte. Auch wenn er, wie jetzt im Irak-Krieg, offensichtlich falsch gehandelt hat – wenigstens hat er gehandelt. Bei Kerry weiß man nicht, ob er handeln würde.“

Keine beruhigende Aussicht, wenn man sich vorstellt, wie ein trotz des Irak-Desasters wiedergewählter Präsident, der aus seinem Wahlerfolg schließen würde, dass der Akt der Handlung

wichtiger ist als ihr Sinn, in einem neuen Ernstfall (eine schmutzige Bombe im Hafen von Los Angeles, ein iranischer Nukleartest?) handeln würde.

Einstweilen spielen die Strategen von Bushs Wahlkampagne ein gewagtes Spiel. Da sie in Sachen öffentlicher Armut, Gesundheitsversorgung, Bildungspolitik, Wohlstandswachstum, Haushaltsdefizit, Staatsverschuldung nur negative Bilanzen vorweisen können, setzen sie auf eine einzige Karte: Krieg gegen den Terrorismus. „Noch nie ist ein regierender amerikanischer Präsident während eines Kriegs abgelöst worden“ – so der heimliche Gospel der Bush-Kampagne. Folglich muss der Kampf gegen den Terrorismus „Krieg“ genannt werden, und dieser „Krieg“ muss täglich beschworen werden. „Wir sind im Krieg“, dröhnt es von den republikanischen Podien, „Wir sind im Krieg“, bekommt man aber auch in moderaten Gesprächskreisen in Washington zu hören, wenn jemand die fortschreitende Aufhebung von Bürgerrechten in den USA beklagt. Wer den Begriff „Krieg“ unangemessen findet, wer ein anderes Wort benutzt, steht im Verdacht, kein Patriot zu sein. Also muss der Krieg verkündet, am Leben erhalten und durch ständige Appelle zu erhöhter Wachsamkeit beschworen werden.

Da jedoch auch die Kriegsbilanz im Irak katastrophal ist, hat die Bush-Kampagne einen radikalen Weg gewählt: Nieder mit der Wirklichkeit, hoch die Illusion. Die Realität hat in dem von Karl Rove geführten Wahlkampf nichts mehr zu suchen. „Wir sind jetzt ein Imperium“, sagte ein Bush-Berater zu dem Journalisten Ron Suskind von der „New York Times“, „und wir schaffen uns unsere eigene Realität. Während Sie diese von uns geschaffene Realität studieren, schaffen wir bereits neue Realitäten, die Sie wiederum studieren können. Wir sind die Akteure der Geschichte, und Ihnen, Ihnen allen bleibt nichts, als die Realität zu studieren, die wir geschaffen haben!“

Inzwischen gilt es als illoyal, ja als unpatriotisch, Tatsachen, Zahlen, Analysen gegen die Gospels der Kriegsbegründer anzuführen. An die Stelle einer rationalen Analyse, die sich auf Tatsachen stützt und Zweifeln zugänglich bleibt, ist eine Sicherheit höherer Art getreten: Glaubensstärke, Gottvertrauen. Und weil der fromme Bush zweifellos gehört hat, dass der Teufel im Detail steckt, macht er um jedes Detail einen weiten Bogen. „I don't do nuance“ („Ich gebe mich nicht mit Nuancen ab“), soll Bush gesagt haben. Vieles, was er in diesen Tagen von sich gibt, erinnert eher an Bekreuzigung, Selbsthypnose oder schiere Halluzination, denn an eine Wahlaussage.

Je katastrophaler die Tatsachen im Irak-Krieg, desto positiver fallen Bushs Lagebeurteilungen aus. „Die Demokratie ist im Irak auf dem Vormarsch“, dekretiert er in jeder Wahlveranstaltung, obwohl ihm sein Geheimdienst CIA gerade eine düstere Studie vorgelegt hat, die im besten Fall eine Fortdauer der unstabilen Lage, im schlimmsten Fall einen Bürgerkrieg voraussagt. Auf den Widerspruch mit der CIA-Studie angesprochen, fertigte Bush den Frager – und seinen Geheimdienst – mit der Bemerkung ab: „They were just guessing“ („Sie haben einfach so herumeratet“).

Die unerschütterliche Entschlossenheit, die Bush und seine Wahlkämpfer als Markenzeichen des Präsidenten verkaufen, gründet sich auf eine entschlossene Verleugnung der Wirklichkeit. Der Präsident glaubt offenbar, höherer Gewissheiten teilhaftig zu

sein, er selbst ist der Glaube, der Berge versetzt. Einem – vom Weißen Haus prompt dementierten – Gerücht nach, das Ron Suskind im „New York Times Magazine“ kolportiert, soll Bush in einer intimen Wahlveranstaltung mit Mitgliedern einer Amish-Gemeinde geäußert haben: „Ich vertraue darauf, dass Gottes Stimme durch mich spricht.“

Wenn aber spirituell grundierte Charakterstärke zum wichtigsten Kriterium wird, sind alle Fragen nach dem Sinn eines Krieges überflüssig – Hauptsache, man führt ihn mit Entschlossenheit. John Kerry, von Arnold Schwarzenegger in New York als „girlie man“ geschmäht, hat in der TV-Debatte mit dem Präsidenten endlich einen erlösenden Satz gegen den Machokult der Entschlossenheit gefunden: Gewissheit, sagte er, sei kein Wert an sich. Man könne einer Sache völlig sicher sein und dennoch völlig falsch liegen.

Das Unheimliche ist, dass die einfache Formel der Republikaner – Realität zählt nichts, Entschlossenheit und „Charakter“ alles – von einer breiten amerikanischen Öffentlichkeit beklatscht wird. Die Bush-Leute beschwören einen nostalgischen Traum von Amerika – einem Amerika, das selbst von den Völkern, über die es herfällt, geliebt wird, einem Amerika, das nie einen falschen Krieg geführt und niemals, weder in Vietnam noch im Irak, seinen „moralischen Kompass“ verloren hat und folglich das Recht hat, jeden, der Amerika wegen seiner Irrtümer oder gar wegen Kriegsverbrechen kritisiert, als einen Terroristenhelfer zu denunzieren.

Hinter „unserem verharmlosenden Gerede über die Wirklichkeit des Irak-Kriegs“, glaubt der Journalist Peter Beinart in der „New Republic“, „steht eine frappierende Gleichgültigkeit gegenüber der Welt, die wir angeblich retten wollen. Es spielt keine Rolle, dass die Iraker uns nicht als Befreier sehen, solange wir uns als Befreier sehen. Es ist völlig gleichgültig, ob die Welt ihr Vertrauen in uns verliert, solange wir Vertrauen in uns selbst haben“.



Gottesdienst in Texas: Bekreuzigung und Gottvertrauen

Es passt zu Bushs bunkerhaftem, verschlossenem Regierungsstil, dass er bisher niemanden aus der verschworenen Gemeinschaft der Realitätserschaffer im Weißen Haus fallen gelassen hat. Nach dem Skandal von Abu Ghureib, der das Bild Amerikas – vor allem in der arabischen Welt – wahrscheinlich auf Jahrzehnte beschädigt hat, wäre der Rücktritt des verantwortlichen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld zwingend gewesen. Aber die Inhaber von Wahrheit und Gewissheit, die derzeit das Weiße Haus besetzt halten, können sich eine derartige Geste der Selbstkritik offenbar nicht leisten – dass Rumsfeld, wie es kürzlich hieß, kein zweites Mal mitregiere, ist bisher nichts als ein Gerücht. In einem Pantheon, das von höheren Gewissheiten zusammengehalten wird, führt das Herausziehen eines einzigen Steins zum Einsturz des ganzen Gebäudes. Wer einen einzigen Zweifel zulässt, gibt bereits das Ganze preis.

Der 2. November bezeichnet tatsächlich das Datum einer Entscheidungswahl. Der megalomane Ralph Nader und seine Grünen haben Unrecht: Es ist nicht egal, ob John Kerry oder George W. Bush gewinnt. Trägt Bush noch einmal den Sieg davon, wird sich ein tief gespaltenes Amerika von seinen Wurzeln in der Aufklärung und vom Hauptweg der westlichen Demokratien ein weiteres Stück entfernen. ◆